

Andrassy-Universität ohne Schweizer Präsenz?

Die Zukunft der Partnerschaft mit der deutschsprachigen Hochschule in Budapest ist offen

Seit 2004 unterstützt die Schweiz das multinationale Projekt einer deutschsprachigen Hochschule in Ungarn. Nun steht die Zusammenarbeit vor dem Ende.

Meret Baumann, Budapest

Eine Brücke bauen zwischen West- und Osteuropa - an der Mission der Andrassy-Universität Budapest (AUB) hat sich auch knapp zehn Jahre nach der EU-Osterweiterung nichts geändert. Der bevorstehende Beitritt Ungarns war 2001 ausschlaggebend gewesen für die Gründung der postgradualen Universität als Gemeinschaftsprojekt Deutschlands, Ungarns, Österreichs, Bayerns und Baden-Württembergs. Ihr Ziel ist es, Führungskräfte auszubilden und einen Beitrag für die Integration Mitteleuropas in der EU zu leisten.

Befristetes Engagement

Derzeit werden an der einzigen deutschsprachigen Universität ausserhalb des deutschen Sprachraums gut 200 Studenten aus rund 25 Ländern unterrichtet, wobei der Fokus inhaltlich auf der europäischen Integration und geografisch auf dem Donauraum liegt. Ab 2004 engagierte sich auch die Eidgenossenschaft und finanzierte bis 2010 zwei halbe Professuren, deren Kosten vom Staatssekretariat für Bildung und Forschung sowie von Präsenz Schweiz getragen wurden. Im März 2010 wurde dann beschlossen, die Partnerschaft mit der AUB mit Geldern der Kohäsionsmilliarde, des Schweizer Beitrags an die EU-Osterweiterung, fortzuführen. Bewilligt wurden insgesamt 784 000 Franken, womit bis Ende 2013 unter anderem die Löhne von zwei Schweizer Professoren finanziert wurden. Dieses Engagement war befristet und ist nun ausgelaufen. Im Rahmen einer Übergangslösung übernimmt der Schweizer Partner der AUB, die Universität St. Gallen, die Kosten für ein Vollzeit- und ein Teilzeitpensum der Schweizer Dozenten im laufenden Jahr. Weitere Unterstützung wurde vom St. Galler Bildungsdepartement allerdings kürzlich abgelehnt, einerseits aufgrund der Sparbemühungen des Kantons, andererseits aber, weil eine gesetzliche Grundlage dafür fehle, wie es beim Bildungsdepartement heisst.

Zwar gibt es eine Zusammenarbeit zwischen der AUB und der Schweizer Botschaft in Budapest, die mit Beiträgen von Präsenz Schweiz unter anderem ein Stipendienprogramm unterstützt. Gleichwohl ist nach zehn Jahren der Kern der Schweizer Beteiligung an der AUB infrage gestellt. In der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des Zürcher SP-Nationalrats Daniel

Jositsch schrieb der Bundesrat im letzten Juni, die Schweiz habe in der Vergangenheit Aufbauarbeit geleistet und es würden Lösungen für eine weitere Schweizer Präsenz gesucht. Ein eigentlicher Partnerschaftsvertrag wie bisher müsste aber neu verhandelt werden.

Vorteile für die Schweiz

Andras Masat, Rektor der AUB, würde ein Ende der Kooperation mit der Schweiz natürlich bedauern. Die Universität ist finanziell stark von den Partnerländern abhängig, die jeweils die entsandten Dozenten sowie einzelne Projekte finanzieren, während Ungarn für die Verwaltung und für das ungarische Lehrpersonal aufkommt. Masat betont aber auch die Vorteile für die Schweiz. So hätten viele Gastdozenten in Budapest Vorlesungen gehalten, und die zwei finanzierten Professuren hätten Schweizern eine Möglichkeit gegeben, sich am internationalen Austausch zu beteiligen. Zudem biete die AUB ein Forum, um Schweizer Werte an künftige Entscheidungsträger zu vermitteln - in einem Land, das zuletzt demokratiepolitisch negative Schlagzeilen machte.

Diesen Aspekt hebt auch der Schweizer Zoltan Tibor Pallinger hervor, der seit 2007 im Rahmen der Zusammenarbeit einen Lehrstuhl für Politikwissenschaften innehat. Er bietet unter anderem Lehrveranstaltungen über direkte Demokratie oder Föderalismus an und organisiert Exkursionen in die Schweiz, auf denen den Studenten das politische System nähergebracht wird. Ohne Schweizer Dozenten wäre die Kompetenz an der AUB dafür nicht mehr vorhanden, befürchtet Masat.